

Pressemitteilung

Reinbek, 2. November 2020

BUND spricht sich gegen interkommunales Gewerbegebiet aus – massiver Konflikt mit Naturschutz

Die Reinbeker BUND-Ortsgruppe und der neue Vorsitzende des BUND des Kreises Stormarn, Dr. Florian Schulz, haben übereinstimmend festgestellt, dass die Ansiedlung eines neuen Gewerbegebietes an der Stadtgrenze zu Witzhave massiv gegen Belange des Naturschutzes verstößt, da es sich in diesem Bereich zwischen Autobahn und Möllner Landstraße um ein besonders schützenswertes Gebiet handelt. „Als Naturschützer ist man entsetzt von dieser einseitigen Planung“, so Florian Schulz.

Am 24. September 2020 hatten die Reinbeker Stadtverordneten die Planung eines interkommunalen Gewerbegebietes zwischen Büchschinken und Witzhave in die Wege geleitet. Zuvor war der Sachverhalt in einer Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umwelt am 15. September 2020 dem Bau- und Planungsausschuss vorgestellt und beschlossen worden. In dieser Vorlage wurde erläutert, dass ein derartiger Gewerbebestandort die Kriterien gemäß Landesentwicklungsplan erfüllen muss, u.a. muss die ökologische Verträglichkeit gewährleistet sein. „Diese Kriterien sind bei dem Standort südlich A24, nördlich Landesstraße 94 (Büchschinken) erfüllt“ so lautete die Vorlage des Amtes.

Diese Aussage ist nach Ansicht des BUND fachlich nicht richtig. Der BUND fragt, warum sich der Reinbeker Umwelt- und Verkehrsausschuss mit dieser Thematik nicht befasst hat.

Sowohl in der Biotopverbundplanung der Metropolregion 2019 als auch dem jüngst veröffentlichten Landschaftsrahmenplan 2020 des Landes Schleswig-Holstein ist dort eine wichtige Biotopverbundachse verzeichnet. Diese Achse verbindet das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet) „Naturschutzgebiet Billeetal“ mit dem FFH- und Naturschutzgebiet „Hahnenkoppel“ nördlich der Autobahn A24, vernetzt also zwei bedeutende Biotope miteinander und sichert so das Überleben von Arten. Derartige FFH-Gebiete wurden gemäß Richtlinie der EU von 1992 speziell zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen eingerichtet.

In den 1980er Jahren hat der BUND in dieser Verbundachse mit erheblicher Unterstützung der Naturschutzbehörde ein Biotop eingerichtet und gepflegt. Zahlreiche geschützte Arten (wie z.B. der Flussregenpfeifer) waren hier zu finden. Als „gesetzlich geschütztes Biotop“ genießt es daher auch heute noch den besonderen Schutz des Landesnaturschutzgesetzes.

Der neue Vorsitzende der Kreisgruppe, ein Alt-Reinbeker und langjähriger Kenner der landesweiten Umweltpolitik, hält es für besonders kritisch, dass nun offensichtlich Gewerbegebiete ganz am Rand der Gemeinde positioniert werden sollen.

Eine „interkommunale“ Ausrichtung sieht er als neues Vehikel, um die Attraktivität eines solchen Projektes zu steigern, ohne aber zu begründen, worin denn die Vorteile für die Kommunen liegen.

Im Einklang mit der Ortsgruppe wird ein gravierender Mangel an Konzepten gesehen, wie denn nun allseits bekannte und akzeptierte Flächensparziele umgesetzt werden sollen. Weiterhin mangelte es im Rahmen der Diskussion um die Planung eines neuen Gewerbegebietes an einer klaren Aufstellung von Vor- und Nachteilen für die lokale Wirtschaft, Bevölkerung und Umwelt. Statt eines kleinen, flächensparenden kompakten Gewerbezentrums mit hoher Wertschöpfung wird hier wieder mal massiv Fläche verplant und versiegelt, was u.a. zwangsläufig zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führt.

Der BUND plant, sich sowohl in die Landesplanung einzubringen als auch Veranstaltungen zum Thema zu organisieren, damit dieser, nicht mehr zeitgemäßen Planung intelligente zukunftsorientierte Planungsansätze unter Berücksichtigung von Klima- und Naturschutz gegenübergestellt werden können. „Bei allen berechtigten Interessen ist diese Art der Planung so nicht mehr zeitgemäß“, so Florian Schulz. „Reinbek als „Stadt im Grünen“ muss umsichtiger planen wenn sie ihrem Anspruch gerecht werden will“.

Pressekontakt: Dr. Florian Schulz (s.o.)